

Persönlich.

Die Mitte Kanton Solothurn informiert.

Ausgabe 2024 | 1

Die Mitte ist zweitstärkste Kraft!

National- und Ständeratswahlen 2023

Volksabstimmungen vom 03.03.24

Eine Einordnung

Bundesrichter Rolf von Felten

Ein Portrait



Die Mitte
Kanton Solothurn



Liebe Parteikolleginnen und -kollegen
Liebe Leserinnen und Leser

Ich hoffe, Sie sind gut ins neue Jahr gestartet, ein intensives Jahr liegt hinter uns und ein «Zwischenjahr» liegt vor uns.

Es ist geschafft, wir haben die Wahlen 2023 gewonnen und das ohne Wenn und Aber! Ein Plus von 3,7 Prozent im Nationalrat und neu mit 17,9 Prozent die zweitstärkste Partei im Kanton Solothurn. Im Ständerat wurde Pirmin Bischof im ersten Wahlgang souverän wiedergewählt, ein nicht selbstverständliches Resultat auf Grund des breiten Kandidatenfeldes infolge des Rücktritts von Roberto Zanetti.

Unsere Strategie mit vielen Kandidierenden anzutreten hat sich ausbezahlt. 43 Personen haben an vorderster Front für diesen Wahlerfolg gekämpft. Doch es war die gesamte Partei, jedes Parteimitglied, jeder Sympathisant, jede Sympathisantin, welche zu diesem Erfolg beigetragen hat. Ein besonderer Dank geht an unseren Wahlkampfleiter Patrick Schlatter, an die Mitglieder des Wahlausschusses, der Parteileitung und natürlich an die Kandidierenden.

In etwas mehr als einem Jahr sind bereits wieder Wahlen! Unser Kanton wählt Regierungs- und Kantonsrat neu. Unsere Ziele sind wie folgt:

1. Wiederwahl von Sandra Kolly als Regierungsrätin.
2. Zweiter Sitz im Regierungsrat.
3. Wiederwahl aller 20 amtierenden Kantonsratsmitglieder.
4. Zunahme des Wähleranteils bei den Kantonsratswahlen.
5. Gewinn von einem Mandat im Kantonsrat.

Jetzt geht es darum, kompetente und volle Listen in allen Amteien zusammenzustellen. Nehmen wir den Schwung aus den Wahlen 2023 mit. Ich bin sicher, mit dem gleichen Engagement werden wir auch diese Wahlen gewinnen.

In dieser Ausgabe finden Sie wichtige Informationen zu den eidg. Abstimmungsvorlagen, aber auch zur kantonalen Vorlage.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen der vorliegenden Ausgabe!

Herzlich
Patrick Friker



Der Wahlkampfleiter hat das Wort

Liebe Mitte-Familie!

Auf Wahlen zurückschauen nützt uns einerseits bei den nächsten Wahlen nichts, andererseits kann ich doch folgendes Fazit ziehen: Das Ergebnis macht Lust auf mehr.

Das sehr gute Resultat war nur möglich dank dem grossartigen Einsatz aller Kandidatinnen und Kandidaten, der Parteileitung unter der Führung von Patrick Friker, dem Wahlausschuss, den Ortsparteien, unserem Geschäftsführer, der stets zur rechten Zeit das Richtige tat und allen Sympathisantinnen und Sympathisanten, die uns mächtig unterstützen. Ihnen allen ein herzliches MERCI.

Wir konnten diese Wahlen ausnahmsweise mit Rückenwind in Angriff nehmen, d.h. die Umfragen waren im Vorfeld durchaus positiv. Eine gute Ausgangslage muss man aber auch nutzen können. Das ist uns allen miteinander gelungen. Wir haben den zweithöchsten Zuwachs aller Kantonalparteien verzeichnen können und alle unsere Ziele erreicht.

In den Ständeratswahlen wurde Pirmin Bischof im ersten Wahlgang wiedergewählt, dies mit einem Superresultat bei einer schwierigen Ausgangslage. Bei den Nationalratswahlen hat Stefan Müller-Altermatt souverän die Wiederwahl erreicht, neu mit einem Vollmandat. Ich danke beiden herzlich für die gute Zusammenarbeit, sie haben vorbildlich im Team mitgezogen und wesentlich zum Ergebnis beigetragen.

Wir haben mit Sicherheit zwei Schwergewichte nach Bern schicken können, Schwergewichte im politischen Sinn, der beste Beweis: Beide wiedergewählten Solothurner Mitte Vertreter sind in den Arena-Sendungen nach den Wahlen im Zentrum gestanden.

Das erzielte Ergebnis ist auch aus historischer Sicht speziell einzustufen. Wir haben es nicht nur geschafft unsere Basis gut zu mobilisieren, es ist uns auch gelungen für breitere Schichten wählbar zu sein. Damit sind wir bei den Wahlen zur zweitstärksten Partei im Kanton Solothurn avanciert und erstmals in der Geschichte stärker als die FDP.

Dennoch möchte ich folgendes betonen:

1. Nach den Wahlen ist vor den Wahlen
2. Auf dem vergangenen Resultat können wir uns nicht ausruhen, 2025 muss jede Stimme wieder erkämpft werden.

Ich danke bereits jetzt für Eure Unterstützung dabei!



Patrick Schlatter
Kantonratsrat
Wahlkampfleiter

Hier finden Sie
Impressionen aus dem
Wahlkampf 2023:
[Link](#)

So einfach wie problematisch

Die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente ist mit Sicherheit eine der am einfachsten verständlichen der letzten Jahre. Sie verlangt für alle Rentnerinnen und Rentner eine 13. AHV-Rente, so wie in der Arbeitswelt auch ein 13. Monatslohn üblich ist. Damit diese Rente auch tatsächlich zu einer Einkommenserhöhung führt, soll sie nicht dazu führen, dass die Ergänzungsleistungen deswegen gekürzt werden.

Das ist bereits der ganze Inhalt der Initiative. Und prima Vista ist man versucht zu denken, das sei ja wohl gerechtfertigt, dass auch die Rentnerinnen und Rentner diesen 13. Monatslohn erhalten, zumal sie ja von der Inflation genauso betroffen sind wie die arbeitende Bevölkerung. Die grossen Nachteile der Initiative tauchen dann auf, wenn man sich fragt, wer profitiert und wer zahlt.

Giesskanne mit beschränktem Nutzen

Profitieren von der 13. AHV-Rente tun alle Rentnerinnen und Rentner, ungeachtet ihrer sonstigen Renten, ihres Vermögens und ihrer finanziellen Belastung. Dass Rentnerinnen und Rentner in knappen finanziellen Verhältnissen unterstützt werden sollen, ist unbestritten. Dafür gibt es die Ergänzungsleistungen zur AHV. Genau diese machen die 13. AHV-Rente zu einem Werk mit sehr beschränktem Nutzen: Die 13. AHV-Rente wird nämlich mit der Giesskanne ausgeschüttet und kommt damit auch jenen Rentnerinnen und Rentnern zugute, die nicht darauf angewiesen sind. Der Bundesrat sagt es im Abstimmungsbüchlein erstaunlich deutlich: «Eine 13. AHV-Rente ist auch gar nicht nötig: Die grosse Mehrheit der Pensionierten ist darauf nicht angewiesen.»

Das auf den ersten Blick populäre Vorhaben hat also einen beschränkten Nutzen – und zwar zu einem sehr hohen Preis. Die 13. AHV kostet pro Jahr 4,1 Milliarden Franken. Heute. Und gleich nach der Einführung würden die Kosten massiv ansteigen, denn es werden die geburtenstarken Baby-Boomer-Jahrgänge pensioniert. Wie die Finanzierung dieses Geldes aussehen soll, lassen die Initianten offen. Ganz grundsätzlich gibt es drei Finanzierungsquellen der AHV: Bundesgelder, Lohnprozente und die AHV.

AHV ruiniert **NEIN zur Initiative** **eine 13. AHV-Rente**



Die Initiative treibt die AHV in den
Die Initiative schröpft den Mittels
Keine Zusatzrente für Millionäre

- NEIN zur 13. AHV-Initiative

Überfordertes Bundesbudget

Die Bundesgelder sind fixiert: Ein Fünftel der AHV muss vom Bund finanziert werden. Nach Adam Riese ist ein Fünftel von 4.1 Milliarden etwas mehr als 800 Millionen pro Jahr, bei stark steigender Tendenz. Nach einer Budgetdebatte, bei der wir um jede Million gestritten haben, um sie im Budget zu behalten, weiss ich beim besten Willen nicht, wo wir zusätzliche 800 Millionen hernehmen sollen.

Die anderen vier Fünftel müssten also mit einer Erhöhung der Lohn- oder Mehrwertsteuerprozente erfolgen. Oder anders gesagt: Durch die Verteuerung von Arbeit und/oder Konsum. Gerade letzteres ist alles andere als sozial: Die Mehrwertsteuer ist eine Flat Tax, die unabhängig vom Einkommen von allen gleich bezahlt werden muss.

Unter dem Strich ist es also so, dass wir mit der 13. AHV-Rente eine Mehrleistung haben, die auch jenen zugute kommt, die sie nicht brauchen, und Mehrkosten, die auch von jenen berappt werden müssen, die es sich nicht leisten können. Das ist ein schlechter Deal. Lehnen wir ihn ab, halten wir die AHV im Gleichgewicht und sichern wir so die Renten über die Generationen hinweg.



Stefan Müller-Altermatt
Nationalrat, Herbetswil



Die Renteninitiative der untauglich, unsozial und

Der 3. März 2024 steht mit den beiden Abstimmungen ganz im Fokus der Altersvorsorge. Die sogenannte Renteninitiative der Jungfreisinnigen verlangt eine Erhöhung des Rentenalters. Ist das nötig? Ist das ziel-führend? Und ist das sozial vertretbar?

Die Jungfreisinnigen wollen mit ihrer Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersversorgung» die Finanzierung der AHV sichern. Damit soll das Rentenalter für Frauen und Männer schrittweise erhöht werden, bis es 66 Jahre beträgt. Weiter wollen sie einen Automatismus im Gesetz verankern, mit dem das Rentenalter an die durchschnittliche Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung angepasst wird.

Die Parteien sind geteilt

Die Mitte, die Grünliberalen, die SP und die Grünen lehnen die Initiative ab, SVP und FDP heissen sie gut.

Die automatische jährliche Anpassung des Rentenalters generiert Unsicherheit bei den Arbeitnehmenden und einen massiven administrativen Aufwand. Weder der Bundesrat noch das Parlament oder die Bevölkerung haben bei der Erhöhung des Rentenalters ein Mitspracherecht. Somit ist diese Festsetzung demokratisch fragwürdig.

Zwängerei

Erst 2021 hat das Volk knapp eine Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre angenommen. Damit konnte die AHV-Finanzierung bis ca. 2032 sichergestellt werden. Gleichzeitig erteilte das Parlament dem Bundesrat den Auftrag, 2026 eine weitere Reform der AHV vorzulegen, die die Finanzierung über diesen Zeitpunkt hinaus sicherstellen soll. Dabei soll eine Gesamtsicht vorgenommen werden. Dass die Initiative mit einem Einzelschritt hier hineingrätscht, muss als Zwängerei bezeichnet werden.

Soziale Ungleichheiten werden vergrössert

Noch gravierender ist die unsoziale Schlagseite der Initiative. Tiefer qualifizierte haben nämlich eine tiefere Lebenserwartung und eine schlechtere Gesundheit im Alter als zum Beispiel Akademiker.



Jungfreisinnigen ist undemokratisch

Die durchschnittliche Lebenserwartung darf deshalb nicht allein ausschlaggebend sein für die Festsetzung des Rentenalters. Vielmehr müsste eine differenzierte Erhöhung des Rentenalters geprüft werden, wie es im Parlament auch schon in verschiedenen Vorstössen angeregt wird. Dabei dürfte das Rentenalter insbesondere für Berufe, die eine stärkere physische oder psychische Belastung aufweisen nicht angehoben werden, während es für Berufstätige mit höherer statistischer Lebenserwartung und/oder späterem Einstieg ins Berufsleben (z.B. wegen langer Ausbildung) eher erhöht werden sollte.

Am Arbeitsmarkt vorbei

Für Ältere ist es bereits heute schwierig, nach einem Jobverlust eine neue Stelle zu finden. Die Arbeitslosenzahlen könnten steigen, sodass bloss Geld von einem in ein anderes Sozialversicherungswerk verschoben und unter dem Strich die Finanzierung nicht verbessert würde.

Die Renteninitiative trifft in erster Linie den Mittelstand und die tiefen Einkommenschichten, ohne die Finanzierung der AHV relevant zu verbessern.

Wer es sich leisten kann, lässt sich trotz Initiative frühpensionieren. Normal- und Geringverdienende werden die Auswirkungen der Renteninitiative hingegen zu spüren bekommen und unabhängig von ihrem Gesundheitszustand länger arbeiten müssen. Die Initiative muss in diesem Punkt als ungerecht bezeichnet werden.

Unnötig und undemokratisch

Kurz: Die Initiative ist unnötig, weil 2026 ohnehin ein grosses Reformpaket kommt. Sie ist undemokratisch, weil das Volk eben erst eine Rentenerhöhung für Frauen beschlossen hat, ohne dass von einer weiteren unmittelbar folgenden die Rede gewesen wäre. Und sie ist vor allem unsozial, weil sie die oberen Einkommen begünstigt und die Berufsleute mit höherer beruflicher Belastung und tieferer Lebenserwartung benachteiligt.

Ich empfehle Ihnen deshalb aus Überzeugung ein klares NEIN am 3. März.



Pirmin Bischof
Ständerat, Solothurn

Für vier Tage zum Parlament gehören

Bereits zum 32. Mal fand Anfangs November 2023 die eidgenössische Jugendsession statt. Am Rednerpult des Nationalratsaals stand auch Séverine Holzherr, Mitglied der Jungen Mitte Kanton Solothurn.

Anlässlich der 700-Jahr-Feier der Schweizerischen Eidgenossenschaft fand im September 1991 die erste Jugendsession statt. Den Höhepunkt bildete dabei die Diskussion mit Bundespräsident Flavio Cotti. Wie bereits bei der Premiere konnten auch bei der 32. Ausgabe im vergangenen November prominente Gäste begrüsst werden. So eröffnete Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider die Jugendsession und zum Abschluss wurden die Forderungen an Nationalratspräsident Martin Candinas (Mitte, GR) übergeben.

Lanciert wurde die Jugendsession am Donnerstag, 9. November 2023 mit der Ankunft der Teilnehmenden. Die Jugendlichen gingen in Arbeitsgruppen ans Werk, in welchen während zweier Tage politische Forderungen zu einem von acht vorgegebenen Themen ausgearbeitet wurde. Diskutiert wurden über aktuelle Themen wie der Fachkräftemangel, Desinformation, die Versorgungssicherheit oder auch die Kosten unseres Gesundheitswesens.

Séverine Holzherr befasst sich mit dem Strafvollzug

Ein weiteres Thema war der Strafvollzug und die Herausforderungen in den Schweizer Gefängnissen. Während der Schweizer Strafvollzug als einer der fortschrittlichsten der Welt gilt, kämpft das Schweizer Gefängniswesen mit Überbelegung, Unterfinanzierung und einem Mangel an Fachpersonal. Es war die Aufgabe der Jugendlichen, als Kommission Lösungsansätze und Forderungen zum Thema zu formulieren.

Mitgearbeitet in der «Strafvollzugs-Kommission» hat auch Séverine Holzherr, Mitglied bei der Jungen Mitte Kanton Solothurn. «Zunächst notierten wir uns Fragen zum Thema, die wir einer Expertin stellen konnten», berichtet Séverine. Damit konnten die Jugendlichen mit dem Thema vertraut werden. Bereits am ersten Sessionstag konnten so erste Ideen zusammengetragen und Gedanken ausgetauscht werden.



Gespannte Aufmerksamkeit im Nationalratsaal



Der gut besuchte Stand der Jungen Mitte

Natürlich gehört zur Jugendsession auch ein spannendes Rahmenprogramm. Das reichte von einem Rumantschkurs über einen Stadtrundgang bis hin zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Europapolitik. Auch Séverine nutzte die Zeit für spannende Einblicke: «Ich besuchte einen Workshop zum Thema Kommissionsarbeit. Wir erhielten interessante Informationen zu den Kommissionen und die Arbeit des Parlaments.»

Am Freitag stand dann der Feinschliff in den Arbeitsgruppe an. «Wir trugen unsere Ideen zusammen und stellten diese danach einer Parlamentarierin vor», erzählt Séverine. Somit konnten die Ideen und Lösungsansätze in eine Petition gepackt werden. Gleich zwei Forderungen zum Thema «Strafvollzug» gingen aus den ersten beiden Sessionstagen hervor. Einerseits forderten die Jugendlichen eine erleichterte Wiedereingliederung von ehemaligen Strafgefangenen in die Berufswelt. Andererseits forderten sie den Bundesrat dazu auf, alternative Strafvollzugsformen wissenschaftlich zu prüfen und so die Rückfallquote zu senken

Höhepunkt am Sonntag im Nationalratsaal

So richtig Parlamentsluft wurde dann am Sonntag geschnuppert: Die Jugendsession richtete sich im Nationalratsaal ein. Die 200 Teilnehmenden diskutierten im Rat über die erarbeitenden Forderungen, stellten Änderungsanträge und verabschiedeten die Vorlagen mittels Abstimmungen. Für Séverine bildete der Sonntag den grossen Höhepunkt der diesjährigen Jugendsession: «Ich erhielt die Möglichkeit im Nationalratsaal vor den 200 Anwesenden zu sprechen. So konnte ich dazu beitragen, dass unsere eingereichten Petitionen angenommen wurden». Ein voller Erfolg also, für unser Jungpartei-Mitglied.

Die verabschiedeten Forderungen aus der Jugendsession werden nun durch das «Forum Jugendsession» an Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller politischen Richtungen herangetragen. Mittels gezielten Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern aber auch nationalen und regionalen Organisationen, sollen die Ideen und Lösungsansätze der Jugendlichen in der Politik Gehör finden. Oder um es in der Politsprache auszudrücken: Nun ist Lobbying-Arbeit gefragt.



Joël Müller

Präsident Die Junge Mitte
Kanton Solothurn, Herbetswil

1:85-Initiative:

Rote Karte für unnötiges Misstrauensvotum

Die 1:85-Initiative der FDP will das Wachstum des Staatspersonals begrenzen auf die Bevölkerungsentwicklung (eine kantonale Stelle auf 85 Einwohner). Dadurch möchte die Initiative das Wachstum der staatlichen Stellen und der Bürokratie begrenzen. Was auf den ersten Blick gut tönt, entpuppt sich bei näherer Betrachtung allerdings als in vielerlei Hinsicht unnötig und kontraproduktiv.

Erstens gehört der Kanton Solothurn bereits heute zu den schlanksten Kantonen der Schweiz mit einem geringen Stellenetat. Wir haben ganz dem pragmatischen und bescheidenen Solothurner Geist entsprechend wenig Luxusaufbau im Kanton zu verzeichnen. Ein unmittelbarer Handlungsbedarf ist also nicht vorhanden, auch wenn es sicher richtig ist, weiterhin schlank bleiben zu wollen.

Zweitens wird die starre Bindung der heutigen Komplexität und der oftmals gegebenen Rahmenbedingungen nicht gerecht. Dadurch könnte die Initiative zu teuren Umgehungen führen. Im Wissen um die schon stark optimierte Verwaltung entpuppt sich die Initiative deshalb als unnötiges Misstrauensvotum gegenüber dem Staatspersonal.



Drittens bestehen mit den aktuellen und geplanten Massnahmen bereits mehr als genug Instrumente, um Einfluss auf den Personalbestand nehmen zu können. Mit dem angekündigten Massnahmenpaket (Ziel: Einsparungen von 60 Mio. Franken) sowie der Leistungs- und Aufgabenüberprüfung können Verbesserungen und Effizienzgewinne realisiert werden. Wir als Mitte wünschen uns dabei generell mehr Gesamtsicht in der Verwaltung und prüfen in diesem Zusammenhang einen ergänzenden Auftrag.

Fazit:

Eine Wachstumsbremse beim schon schlanken Kanton Solothurn ist unnötig, bedeutet eher Mehrkosten denn Einsparungen und kommt als Misstrauensvotum gegenüber dem Staatspersonal daher. Dazu sagen wir entschieden Nein.



Fabian Gloor

Kantonsrat

Gemeindepräsident Oensingen

Kolumne

Höchste Zeit für eine Revision!

Die heute geltende Katasterschätzung stammt aus dem Jahre 1970 und ersetzt damals jene aus dem Jahre 1939. Galt die Vorgängerin somit während 31 Jahren, ist die heutige bereits über 50 Jahre in Kraft. In dieser Zeit haben sich die Liegenschaftswerte massiv erhöht. Mehrmals wurden Anstrengungen unternommen, eine längst nötige Anpassung vorzunehmen, was aber nie gelang. Der Katasterwert der Liegenschaften stellt den Steuerwert für die Vermögenssteuer dar. Dagegen werden andere Vermögenswerte (insbesondere Bankguthaben und Wertschriften) zum Verkehrswert der Vermögenssteuer unterworfen. Damit ist eine stark abweichende Bewertung der einzelnen Vermögen entstanden, was sich als gesetzes- und verfassungswidrig erweist. Die heutige Katasterschätzung entspricht nur einem Bruchteil des Verkehrswertes. Für Einfamilienhäuser durchschnittlicher Bauart und Eigentumswohnungen beträgt sie vielfach nur 20 – 25% des Verkehrswertes.

Mit der Totalrevision der Katasterschätzung sollen die vom Bundesgericht geforderten 70% erreicht werden. Damit werden sich die Steuerwerte auf ca. das Dreifache gegenüber heute erhöhen. Um stossende Mehrbelastungen zu vermeiden, sind Ausgleichsmassnahmen geplant. In erster Linie sollen die Freibeträge vom Vermögen erhöht werden. Für Alleinstehende von 60'000 auf 240'000 und für Verheiratete von 100'000 auf 400'000 Franken. Der Abzug pro Kind soll dagegen auf dem heutigen Stand von 20'000 Franken verbleiben. Mit diesen massiven Erhöhungen der Freibeträge werden viele Grundeigentümer weiterhin keine oder nur marginale Vermögenssteuern zu entrichten haben.

Nach der Vorlage zur neuen Katasterschätzung ist auch eine Senkung des Steuerfusses von derzeit 104% denkbar. Ich kann dieser Idee nicht zustimmen, da sie sich nicht ausschliesslich als Gegenmassnahme zur Erhöhung der Katasterwerte auswirkt und die Gemeindesteuern nicht betrifft. Die Vorlage geht aber sicher in die richtige Richtung. Wenn einzelne Punkte noch verbessert werden, verdient sie unsere Unterstützung.



Eduard Gerber
Steuerfachmann
Mitglied Die Mitte 60+, Halten

11 Persönlich 2024|

Agenda:



Die tagesaktuelle Agenda findet man unter:
so.die-mitte.ch/events

Adressen:

Präsident Die Mitte Kanton Solothurn

Patrick Friker, Innere Kanalstrasse 12A
5013 Niedergösgen, Telefon 079 481 28 26
patrick.friker@bluewin.ch

Geschäftsführer Die Mitte Kt. Solothurn

Marius Winistörfer, Telefon 076 815 41 12
sekretariat@so.die-mitte.ch

Raiffeisenbank Wasseramt-Buchs

4552 Derendingen
Konto: CH06 8080 8009 8230 7524 5

Die Mitte 60+ Kanton Solothurn

René Ackermann, Schulmeisterweg 6,
4710 Balsthal, Telefon 079 302 73 91
ackermann@bercom.net

Die Junge Mitte Kanton Solothurn

Joël Müller, Dorfstrasse 6, 4715 Herbetswil
joel.mueller@diejungemitte-so.ch

Die Mitte Kt. Solothurn im Internet:

so.die-mitte.ch
sekretariat@so.die-mitte.ch

Impressum:

Redaktion

Ueli Custer-Meier, Erlenweg 13, 4514 Lommiswil
in Zusammenarbeit mit dem Präsidium der Kantonalpartei und Vertretern der Jungen Mitte, der Mitte 60+, des Kantonsrates sowie der eidg. Räte
mail@uelicuster.ch

Herausgeber

Die Mitte Kanton Solothurn

Jahresabonnement

CHF 30.-

Gestaltung und Realisation

Marius Winistörfer, Geschäftsführer Die Mitte Kt. SO

Druck

Dobler Druck, Olten

Rolf von Felten, der Langstreckenläufer

Vor 52 Jahren wurde im damaligen Niedererlinsbach ein Kind geboren, das die Eltern auf den Namen Rolf tauften. Diese Eltern hatten damals wie heute in Niedergösgen ein Bürofachgeschäft wo man vom Radiergummi bis zur kompletten Büroeinrichtung praktisch alles kaufen konnte. Auch sein zwei Jahre älterer Bruder arbeitete von Anfang an bis heute in dieser typischen Familienfirma. Was schon einiges aussagt über die Ausdauer, die dem jungen Rolf bereits in die Wiege gelegt wurde. Heute zeigt sich diese Ausdauer im sportlichen Bereich beim Joggen.

Kontinuität prägt auch seinen Lebensmittelpunkt der seit knapp 15 Jahren in Solothurn ist. Das ändert sich auch nach dem Stellenantritt als Bundesrichter nicht grundsätzlich. Denn seine Funktion erlaubt es ihm, auch teilweise im Homeoffice zu arbeiten.



Beim Joggen kann Rolf von Felten gut vom bürolastigen Alltag abschalten und neue Energie tanken.

Ab April wird er dann in Lausanne eine kleine Wohnung in einem Neubau nahe des Bundesgerichtes beziehen. Das sei ein absoluter Glücksfall für ihn, denn auch in Lausanne sei es keineswegs einfach, eine Wohnung zu finden.

Als kleiner Bub hat ihn seine Mutter eher als «Zwängli» in Erinnerung. Er wusste also schon früh, was er wollte. Er selber bezeichnet sich als langweiligen und bescheidenen Menschen. Einmal wollte er aber wissen, woher der Name «von Felten» kommt. Über einen Namensvetter fand er heraus, dass er aus einer Sippe entstammt, die in Veltheim beheimatet war. Also nichts mit Adel sondern eine genauso bodenständige Herkunft wie sein Wesen.

In die Politik ist er über das Elternhaus gerutscht weil sein Vater Gemeinderat war – natürlich für die CVP. Nachdem mit Anfang Zwanzig eine Wahl in den Kantonsrat nicht klappte, konnte er dann als Gemeinderat das Ressort Bau und Planung übernehmen. Damals kam er aber zum Schluss, dass er kein Politiker sei.

Auf die Frage nach beeindruckenden Menschen aus der Politik nennt er unter anderem Walter Straumann. Dies wegen seiner bodenständigen Art und seiner Kontaktfreudigkeit, die ihm selber leider abgehe.



Ueli Custer
Redaktor "Persönlich"
Lommiswil